



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 13  
10. Jahrgang

29. Juni 1942

Frankreich - 2 Jahre danach

Pétain: Not, Korruption, Widerstand Am 2. Jahrestage der Kapitulation des französischen Oberkommandos erklärte Pétain im Vichy-Rundfunk: "Ich verhehle mir nicht, welches geringes Echo meine Appelle hatten. Die Regierung Frankreichs ist sicherlich nicht schuldlos. Eine Verwaltung, die nur zu oft nachlässig und manchmal unfähig war, hat zugelassen, dass zum Mangel an wichtigen Lebensmitteln noch Ungerechtigkeit und Missbrauch kamen. Der Arbeiter leidet, seine erzwungene (!) Passivität darf nicht für Resignation gehalten werden. Der Bauer wird ungeduldig, Mütter sind überlastet, Spekulanten werden noch unzulänglich bestraft..."

Laval: Menschenhandel In einem Nazi-Europa soll Frankreich ein auf Deutschlands Industrie angewiesener Agrarstaat werden. Der französischen Industrie werden die Rohstoffe systematisch abgeschnitten, die Jugend Frankreichs soll aufs Land, die französischen Industriearbeiter sollen in den Fabriken Deutschlands arbeiten. Sie wollen nicht. Laval sucht sie durch moralischen Druck als Austauschgefangene nach Deutschland zu pressen. "In Frankreich sind Rohstoffe knapp. Unsere Fabriken sind nicht vollbeschäftigt, Erwerbslosigkeit nimmt zu", sagte Laval (am 22. Juni) im französischen Rundfunk. "Deutschland braucht Arbeiter... Französische Arbeiter, Ihr müsst meinem Ruf folgen. Ernste Gründe zwingen mich, das von Euch zu verlangen... Arbeiter Frankreichs, von Euch hängt es ab, ob Gefangene frei werden... Ich appelliere an Eure Solidarität als Franzosen. Reichskanzler Hitler hat entschieden, dass eine bedeutende Zahl kriegsgefangener Landarbeiter nach Frankreich zurückkehren kann, sobald Ihr in Deutschland ankommt. Ich danke ihm dafür... Arbeiter Frankreichs! Ihr geht nach Deutschland, um Gefangene zu befreien..."

"Ich hoffe, dass Deutschland siegt".

Panzerwagen im Betrieb In einer Abteilung der grossen Fives-Werke in Lille (Eisenkonstruktion) verlangten die Arbeiter eine "Bombenzulage". Sie wurde ihnen abgelehnt, die Arbeiter streikten am Arbeitsplatz, sie gingen zur Arbeit, aber arbeiteten nicht. Deutsches Militär fuhr leichte Panzerwagen im Fabrikhof auf. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, aber am nächsten Tag kamen französische und deutsche Polizisten und führten etwa 400 Arbeiter ab - wie man vermutet zur Zwangsarbeit in Deutschland.

(Für die Red.: Pétain: 17.VI.; Lille: Ende April.)

Grenzen des Arbeitszwanges (ITF) In Deutschland dürfen Arbeiter und Angestellte nur nach Vorzeigen des Arbeitsbuches eingestellt werden. Beim Antritt der Arbeit muss das Arbeitsbuch der Betriebsleitung übergeben werden, die es bis zur, mit Genehmigung des Arbeitsamts erfolgten, Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufbewahrt. Die Nazis glaubten, damit den Arbeitern eigenmächtigen Arbeitsplatzwechsel unmöglich gemacht zu haben. Sie täuschten sich.

Der Unternehmer muss dem Arbeitsamt nicht mitteilen, wenn ein Arbeiter, dessen Arbeitsbuch bei ihm liegt, nicht zur Arbeit erscheint. Bei dem Arbeitermangel wollen die Unternehmer sich möglichst viele Arbeiter für ihre Betriebe sichern. Sie informieren daher das Arbeitsamt oft nicht, weil sie damit rechnen, dass der Arbeiter nach einiger Zeit doch wieder im Betrieb auftaucht. Aber "in recht vielen Fällen" erscheint der Arbeiter überhaupt nicht mehr im Betrieb, schreibt die Berliner "Soziale Praxis". "Der Gefolgsman (d.h. der Arbeiter) hat kein Interesse

ohne Arbeitsbuch mit dem Arbeitsamt in Berührung zu kommen. In eine andere Arbeitsstelle kann er, abgesehen von Schwarzarbeit, auch nicht eintreten... Die Gefahr der Schwarzarbeit ist bei dem gegenwärtigen Mangel an Kräften auch nicht ganz von der Hand zu weisen, es finden sich bei den heutigen Verhältnissen leider Menschen, die den Vorteil, eine neue Arbeitskraft zu gewinnen, über die Bedenken eines Verstosses gegen gesetzliche Vorschriften stellen. Es wird also mittelbar, zum mindesten zeitweise, dem Brachliegen der Arbeitskraft Vorschub geleistet, wobei besonders zu berücksichtigen ist, dass ein zeitweises Aussetzen bei der starken Beanspruchung heute den Wünschen mancher Gefolgsleute entgegenkommt. Das Arbeitsamt als Einsatzverwaltung und, als Beauftragter des Reichstreuhänders der Arbeit - in dieser Eigenschaft <sup>obliegt</sup> ihm die Wahrung der Arbeitsdisziplin - erfährt von diesen Dingen nichts, wenn der Betriebsführer ihm keine Meldung zugehen lässt..."

Das Berliner Blatt verlangt, dass die Unternehmer Arbeitsbücher nur noch eine begrenzte Zeit zurückbehalten dürfen, dass sie, wenn der Arbeiter nach Ablauf dieser Frist nicht wieder zur Arbeit kommt, sofort das Arbeitsamt benachrichtigen sollen. Aber auch das Arbeitsamt ist in Deutschland heute nicht mehr allmächtig. Schon heute wird in vielen Fällen "der Betriebsführer nach kürzerer oder längerer Zeit das Arbeitsamt verständigen, wenn er sieht, dass nicht vorübergehendes Bummeln, sondern ein Arbeitsvertragsbruch vorliegt und die Zurückbehaltung des Arbeitsbuches nicht die gewünschte Wirkung hat, das Gefolgschaftsmitglied zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das Arbeitsamt wird nunmehr den Arbeiter vorladen und vorbehaltlich der strafrechtlichen Verfolgung versuchen, ihn unter Hinweis auf die Rechtslage und die Möglichkeit der Strafverfolgung von der Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Arbeit überzeugen. Diesen Ermahnungen kann Nachdruck durch Anwendung der Dienstverpflichtung in die bisherige Arbeitsstelle verliehen werden, da bei deren Nichtbefolgung eine höhere Strafe zu gewärtigen ist. Es kann aber nicht verschwiegen werden, dass selbst mit dieser Androhung die Wiederaufnahme der Arbeit im bisherigen Betrieb häufig nicht zu erreichen ist. (Ausländer können übrigens nicht dienstverpflichtet werden.) Eine zwangsweise Rückführung kann das Arbeitsamt nach den rechtlichen Handhaben, die ihm zur Verfügung stehen, nicht bewerkstelligen, wenn auch nicht von der Hand zu weisen ist, dass, insbesondere in ländlichen Verhältnissen, dieser Erfolg in manchen Fällen ziemlich reibungslos durch die verständnisvolle Einstellung der Landräte und der ihnen unterstellten Ortspolizeibehörden tatsächlich erreicht wird..."

In städtische Betriebe wollen die Nazis vorerst die Arbeiter noch nicht von der Polizei schleppen lassen. Und sie scheuen noch davor zurück, die Arbeiter des deutschen "Herrenvolkes" ganz so zu behandeln, wie slawische "Untermenschen" und, wie im besetzten Osteuropa, die Brotkartenausgabe mit dem Arbeitsbuch zu verkoppeln.

(Für die Red.: "Soziale Praxis", Mai 1942.)

### Sklavenhandel in Deutschland!

(ITF) In Deutschland haben die Arbeitsämter das Recht, Arbeiter zur Dienstleistung an jedem ihnen im deutschen Herrschaftsbereich zugewiesenen Arbeitsplatz zu zwingen. Der neue Arbeitsplatz kann den Dienstverpflichteten erheblich schlechter stellen; die Ausgleichsunterstützung gleicht den niedrigeren Lohn - nach heute geltendem Recht - nur so weit aus, dass beim Unverheirateten 65%, bei Familienerhaltern bis zu 75% des früheren Verdienstes erreicht werden. 25 - 35% Verdienstausschlag müssen hingenommen werden.

Bei der engen Verfilzung von Unternehmern und Nazi-Bürokratie, nimmt es nicht wunder, dass Unternehmer sich das Recht sicherten, auch private Dienstverpflichtungen zu diktieren und "ihre" Arbeiter anderen, mit ihnen in Geschäftsbeziehungen stehenden, Betrieben zu leihen. Häufig wird der vom Stammbetrieb entsandte Arbeiter dort niedriger entlohnt als die Arbeiter des Bedarfsbetriebes. Die Lohnstopbestimmungen verbieten dem Stammbetrieb die Lohnangleichung, und die Lohnersparnis kann dann von den betreffenden Unternehmungen geteilt werden.

Das Ausleihen von Arbeitern ist in Deutschland zu einem regelrechten Spezialgewerbe geworden, berichtet der Leiter der Rechtsabteilung der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Bulla. Es gibt gerissene Unternehmer, "die unter Einstellung oder durch starke Einschränkung ihres eigentlichen Gewerbebezweiges aus dem Ausleihen von Arbeitskräften ein Gewerbe machen, indem sie Arbeitskräfte im Arbeitsverhältnis halten, diese aber jeweils an einen anderen Unternehmer ausleihen. Dieser zahlt den Verdienst des ausgeliehenen Beschäftigten nebst einem Unkostenzuschlag an den Leihbetrieb, der dann die Auszahlung seines ausgeliehenen Beschäftigten selbst vornimmt; oder der Bedarfsbetrieb zahlt dem Beschäftigten den Lohn unmittelbar anstelle des Leihbetriebes aus und führt an diesen nur den Unkostenzuschlag ab. Die

Einnahme dieses Zuschlages ist der Gewinn des Leihbetriebes".

"Der Leihbetriebs-Unternehmer erhält z.B. vom Bedarfsbetrieb 20-25% über den Lohnsatz des ausgeliehenen Arbeiters. Von diesen Sätzen bestreitet er die Unternehmeranteile zur Sozialversicherung wie seine eigenen Betriebskosten. Beides dürfte mit 10-12% abgegolten sein, sodass der Leihbetrieb pro Arbeitskraft 10-15% (der Lohnsumme) 'verdienen' kann. In der Praxis haben solche Leihbetriebe auch schon wesentlich höhere Sätze vereinnahmt!"

Hitlers Preiskommissar hat - wie berichtet - für das Baugewerbe 30% als angemessene Sklavenleihgebühr bezeichnet.

Da die Arbeiter den Leihbetrieb auf Grund der geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen nicht verlassen können, ist der Handel mit Arbeitern ein sicheres Geschäft.

(Für die Red.: Bulla: März 1942; Bauarbeiter, siehe "Faschismus", 9.III.)

### Eisenbahnen in Deutschland

(ITF) In ihrem sehr knappen Ueberblick über ihre Tätigkeit im Jahre 1941 schreibt die Deutsche Reichsbahn: "Bei der Bautätigkeit handelte es sich grundsätzlich darum, die infolge der allgemeinen Verkehrssteigerung, der Verlagerung der Verkehrsströme, der Verlegung und Neuerrichtung von Industrien, der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen über neue Grenzen und vor allem die infolge der Bedürfnisse der Kriegsführung hier und da unzulänglich gewordenen Reichsbahnanlagen auf die zur Erfüllung der mannigfaltigen und vielseitigen Aufgaben erforderliche Leistungsfähigkeit zu bringen". Der Zugang an neuen Lokomotiven und Güterwagen sei wiederum erheblich gestiegen. Die Aufträge beschränkten sich allerdings auf Primitivbauten, auf "bestimmte für die Kriegsbedürfnisse besonders geeignete Regelbauarten". "Die Entwicklung des Güterverkehrs war während des ganzen Jahres ausschliesslich durch den Krieg bestimmt. Wehrmacht, Rüstungsindustrie und Ernährungswirtschaft stellten die Reichsbahn vor Transportaufgaben grossen Ausmasses. Mit den Aufmarschleistungen für den Balkan- und später für den Ostfeldzug erreichte die Belastung ein Höchstmass. Obgleich Binnen- und Seeschifffahrt zur Entlastung der Reichsbahn weitgehend in Anspruch genommen und alle nur möglichen Massnahmen zur Beschleunigung des Güterwagenumlaufs durchgeführt wurden und trotz erheblichen Einsatzes fremder (!) Wagen war es nicht möglich, den Wagenbedarf jeder Zeit voll zu decken". Viele deutsche Lokomotiven mussten als Ersatz für beschädigte Lokomotiven nach Russland geschickt werden. Der Ausfall wurde "durch fremde (!) Lokomotiven weitgehend gedeckt".

In einer Rede vor Pressevertretern (am 11.VI.) war Ganzenmüller, der neue Staatssekretär im Verkehrsministerium, nicht so optimistisch wie der amtliche Bericht. Er erklärte: "Zwar wurde in diesem (!) Jahre ein umfassendes Fahrzeugprogramm aufgestellt, aber die Ersatzbeschaffungen werden in der benötigten Zahl erst in der nächsten Zeit geliefert werden können". Nur Plünderungen können im Augenblick helfen. "Fortlaufend werden - wie bisher schon - aus den besetzten Gebieten Wagen herangezogen. Auch Italien hat z.T. ausgeholfen und schliesslich wirkt auch die Schweiz in gewissem Sinne mit".

### Eisenbahnfahrten in Deutschland

(ITF) Ein deutscher Reisender schilderte kürzlich den Personenverkehr der Deutschen Reichsbahn: "Um 9 Uhr geht vom Anhalter Bahnhof in Berlin fahplanmässig ein Tagesschnellzug nach München ab. Gewitzigt durch trübe Erfahrungen sind wir bereits 90 Minuten vor Zugabgang auf dem Bahnhof. Andere sind nicht dümmere. Schon um 7,45 ist der Bahnsteig stark besetzt... Unter den herumstehenden Reisenden sind einige Hoteldiener und Boten, die für ihre offenbar gutzahlenden Auftraggeber einen günstigen 'Absprungplatz' vor dem einlaufenden Zug gesichert haben..."

Es ist 8,15 Uhr. Der Bahnsteig ist überfüllt... Die Wagen werden beim Einfahren des Zuges gestürmt... dann quillt man förmlich hinein. Als der Münchener Zug fahplanmässig die Halle verlässt, sind in vielen Wagen sowohl die Abteile, wie die Gänge verstopft". Das sei in allen Fernzügen ähnlich. "In D-Zügen müssen etwa 20-40% der Reisenden die ganze oder einen grossen Teil der Strecken auf den Gängen zubringen".

(Für die Red.: Der Bericht erschien am 21. Juni in der Berliner Wochenschrift "Das Reich".)

### Holländische Autobusse

(ITF) Das nazistische holländische "Nationale Dagblad" berichtet (am 23.V.): Im Dezember 1940 requirierten die deutschen Militärbehörden 40 Autobusse der Staatsbahn. Die Autobusse wurden gewaschen, geputzt und frisch gestrichen, "aber gleichzeitig wurde alles nicht Niet- und Nagelfeste... entfernt".

Im April 1942 requirierten die deutschen Militärbehörden weitere Autobusse. Die 20 gelieferten Wagen aber waren zum Teil so alt und abgenutzt,

dass sie für normalen Autobusverkehr nicht mehr benutzt werden konnten. Die Frechheit ging so weit, dass Löcher in der Karosserie mit Papier verstopft und dann übermalt wurden". Nur sieben dieser Autobusse wurden bei der Prüfung in Utrecht abgenommen, die anderen wurden zurückgewiesen. Die abgenommenen Autobusse sollten am nächsten Tag in Amsterdam abgeliefert werden. Sie kamen erst nach 2 Tagen, weil die guten Gummireifen durch ältere ersetzt wurden. Auf der Fahrt nach Amsterdam konnte die Kolonne wiederholt nicht weiter. "Reifenpech"!

### Gefangenenarbeit im deutschen Transport

(ITF) Zur Beschleunigung des Transportmittelumlaufs hat Göring (am 31.V.) alle bisher geltenden Ladefristen aufgehoben und ihre weitestgehende Kürzung unter Zugrundelegung einer durchgehenden Be- und Entladung zu jeder Tages- und Nachtzeit, auch an Sonntagen und Feiertagen, angeordnet. Falls die Empfänger oder Auslieferer von Gütern die örtlich neu festgesetzten kurzen Fristen nicht einhalten, erfolgt zwangsweise Be- und Entladung, "in erster Linie durch Kriegsgefangene", sonst durch Ladekolonnen, die von der Polizei aus Arbeitern zusammengestellt werden.

### Wie Frankreichs Industrie abgewürgt werden soll

schildert die in Amsterdam erscheinende Nazi-Zeitschrift "Europa-Kabel" (am 15.V.). In französischen Betrieben herrscht ein "fühlbarer Mangel an wertvollen Spezialkräften, die sich in deutscher Kriegsgefangenschaft befinden... In mehr als einem französischen Betrieb stieß die Durchführung von Aufträgen auf Schwierigkeiten wegen Fehlens wertvoller Spezialkräfte... Die Klärung des Arbeitslosenproblems musste daher (!) von verschiedenen Seiten angepackt werden. Es lag dabei nahe, einen Ausgleich dadurch zu versuchen, dass man französische Arbeiter in deutschen Werken beschäftigt". - (ITF)

### Gestapo jagt deutsche Staatsfeinde

(ITF) Die Zentrale der NSDAP hat die Gauleiter der Nazi-Partei zum schärfsten Kampf gegen "gemeinschaftsunfähige Asoziale" aufgerufen. Sie empfiehlt der Zeit entsprechende neue Methoden. Im Zeichen des Arbeitermangels sollen "Staatsfeinde" nur noch in besonderen Fällen zu Krüppeln geschlagen oder ermordet werden. Die Partei-Zentrale zieht es vor, "staatsfeindliche" Freiheitskämpfer und "Asoziale" unter Gestapo-Aufsicht zu Tode schufteten zu lassen: "Das Rassenpolitische Amt der NSDAP hat... festgestellt, dass die Asozialen ein Unruheelement erster Ordnung darstellen und dass der Kampf gegen sie gerade im Kriege sehr wichtig sei... Das Amt begrüsst den in einigen Gauen gemachten Versuch, über die theoretische Begriffsklärung hinaus zur aktiven Bekämpfung der Gemeinschaftsunfähigen zu kommen".

Als "gemeinschaftsunfähig" gelten "Personen, die auf Grund einer anlagebedingten und daher nicht besserungsfähigen Geisteshaltung nicht in der Lage sind, den Mindestanforderungen der Volksgemeinschaft an ihr persönliches, soziales und völkisches Verhalten zu genügen. Gemeinschaftsunfähig ist also, wer erstens infolge verbrecherischer, staatsfeindlicher (!) und querulatorischer Neigungen fortgesetzt mit den Strafgesetzen, der Polizei und den Behörden in Konflikt gerät, oder zweitens, wer arbeitsscheu ist", ferner sog. "Unterstützungsjäger", Personen, die nicht im Stande sind, einen geordneten Haushalt zu führen, Prostituierte und "Trinker, die einen wesentlichen Teil ihres Einkommens im Alkohol umsetzen und ihre Familien darüber gefährden."\*)

In "Niederdonau" - das ist das alte Niederösterreich - ist bereits mit den Razzien begonnen worden. Bei den Kreisleitungen und bei der Gauleitung der Nazi-Partei "sind Asozialenkommissionen geschaffen worden, deren Sachverständigengutachten für die Verwaltungsbehörden bindend sind. Diese entscheiden dann über die Anstaltsunterbringung, die Fürsorgezwangsarbeit oder die Einweisung in die Arbeitserziehungslager der Staatspolizei (Gestapo)". Die von dem dortigen Gauleiter, dem berüchtigten Terroristen Dr. Jury, "herbeigeführte Klärung des Begriffes 'gemeinschaftsunfähig' ist für reichsverbindlich erklärt worden".

(Für die Red.: "Berliner Börsenzeitung", 20.VI.42.)

### Unruhe in österreichischen Betrieben

(ITF) In geschlossenen Nazi-Versammlungen in Wien und Niederösterreich hat der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, Durchhaltereden gehalten. Die Wiener Presse hat auffälligerweise über diese Reden nur kurz berichtet, aber immer-

\*) Dr. Ley verdient so viel, dass sein Alkoholkonsum seine Familie nicht wirtschaftlich gefährdet,

hin genug, um erkennen zu lassen, wie sehr die Stimmung der Arbeiter im Wiener Bezirk die Naziführung beunruhigt. "Denkt jetzt nicht an die Zukunft... plant nicht Aufgaben für später... stellt alle Sonderinteressen zurück, werft alle Gegensätze über Bord", beschwor Ley seine Zuhörer. "Das Gesetz des Krieges ist heute... das unerbittliche Muss: Du musst Dich einsetzen, musst gehorchen".

Ley wandte sich gegen die Menschen, die diesen Krieg als Krieg der Nazi-Partei bezeichnen: "Du kämpfst nicht für eine Partei und für irgendjemand", erzählte er ihnen, "dieser Krieg geht Dich persönlich an... Rottet alle Meckerer und Miesmacher aus, tragt den Kampf in Euren Herzen. Sage mir keiner, dass er nicht weiter kann (1)". Er schloss seine Durchhalterede im Haus des Arbeitsfrontgaus Niederdonau (= Niederösterreich) mit scharfen Drohungen "gegen die Volksschädlinge und Volkverbrecher. "Wir sind heute hart geworden auch gegen das eigene Blut, wenn es sein muss..."

(Für die Red.: Reden vom 10. und 11.VI. nach "Wiener Völkischer Beobachter" vom 12.VI.; Niederösterreich: vgl. oben "Gestapo jagt deutsche Staatsfeinde".)

### Deutsche Arbeiter

(ITF) In einem Rückblick auf die Tätigkeit der "Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation" (NSBO) macht der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, einige Feststellungen, die die tiefe Kluft zwischen freiheitsbewussten deutschen Arbeitern und den Nazi-Organisationen zeigen. Dr. Ley will zunächst beweisen, dass die Arbeitsfrontsekretäre in der Etappe kriegswichtig sind und nicht an die Front gesandt werden dürfen. Er schreibt daher: "Was die Deutsche Arbeitsfront heute in diesem schweren und harten Ringen bedeutet, kann nur der ermesen, der einen Vergleich zu der verhängnisvollen Rolle der Gewerkschaften (im Krieg 1914-18) zieht. Damals wurden die Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen... gegen Deutschland angesetzt, bis sie den Widerstand des deutschen Volkes lahmlegten. Heute werden die Millionen deutscher Werk-tätiger durch die DAF... aktiviert... und zu einmaligen Leistungen ange-spornt".

Ley schildert dann, wie die Nazis ihr Programm des Arbeiterrats sorg-fältig verheimlichen mussten, solange sie nicht mit Hilfe der Polizei je-den Widerstand niederschlagen konnten: "Die Gewerkschaften... beherrschten die Betriebe und es war schwer, in diese marxistischen und zentrierten Klassenbetriebe einzudringen (Zentrum = katholische Massenpartei)... Wenn man damals schon verlangt hätte, dass auch der Betriebsführer oder gar der Unternehmer mit zur NSBO gehören sollten, wäre das ganze Unterfangen von vornherein zum Tode verurteilt gewesen. Ebenso konnte man nicht von der Betriebsgemeinschaft leben, ohne sich sofort den Vorwurf des Arbeiterrats, eine 'gelbe' Angelegenheit zu sein, zu holen".

Die Nazi-Organisation hätte deshalb ihre arbeiterfeindlichen Ziele bis zur Errichtung der Nazi-Diktatur verschweigen müssen.

(Für die Red.: "Angriff", Nr. 138 vom 6.VI.42.)

### Der Tauschhandel in Deutschland

(ITF) Zwei Prozesse in Königsberg beleuchten die Versorgungslage in Deutschland: Für Textilwaren gibt es in Deutschland zwar Kleiderkarten, aber sehr häufig sind jetzt die Läden fast leer und die Rationen erhält man oft nur für besondere Gegenleistungen. Ein Kaufmann in einer ostpreussischen Kleinstadt gab z.B. häufig Textilwaren nur gegen Lieferung von Lebensmitteln ab. "Er scheute nicht davor zurück, auch Lebensmittel von kinderreichen Müttern zu verlangen und anzunehmen, die sie sich von ihren Rationen absparen mussten, um von diesem Erpresser für ihre Kinder die ihnen zustehende Kleidung zu erhalten". Die Kunden waren an derartige Methoden gewöhnt und gaben ihm die geforderten Lebensmittel. Nur mit diesen Lebensmitteln erhielt der Kaufmann von den Textilindustriellen ausreichend Waren. Er "verbraachte die eingetauschten Lebensmittel nur zum Teil für sich selbst, während er nicht weniger als 16 1/2 Zentner an seine Lieferanten im ganzen Reich versandte und von diesen dafür wieder bevorzugt mit Waren beliefert wurde", berichtet das Deutsche Nachrichtenbüro.

Der Direktor eines Kriegsbetriebs in Memel fuhr mit seinem Auto, das er mit Petroleum, Eisenwaren, Salz, Hefe und Kleiderstofffarbe vollgeladen hatte, "in die Ostgebiete" - wahrscheinlich Litauen und Lettland - um Lebensmittel einzutauschen. Nachgewiesen wurde ihm der Erwerb von 1000 Eiern, 90 kg Fleisch, 25 kg Butter und 53 Stück Geflügel, die er mit anderen "Direktoren seiner Firma" teilte. Die Zollbeamten bestach er mit Schnaps und Zigaretten.

(Für die Red.: Deutsches Nachrichtenbüro, 18.VI.42.)

Lebensmittelversorgung  
über Betriebe

(ITF) In der westdeutschen Industriestadt Düsseldorf haben die Arbeiter durchgesetzt, dass ihnen nicht rationierte knappe Waren, wie z.B. tiefgekühltes Obst und Gemüse, über den Betrieb geliefert werden. - Als besonders wirksam hat sich die Aktion der Arbeiterinnen erwiesen. Viele Arbeiterinnen gingen nicht zur Arbeit, wenn sie hörten, dass ihr Laden knappe Waren erhalten hat; sie standen Schlange. Durch die Belieferung über den Betrieb hoffen die Behörden, das Einkaufsbummeln der Frauen einzudämmen.

Beutebestände"

(ITF) Es ist in Deutschland allgemein bekannt, dass leitende Beamte, Industrielle, Grosshändler und Bankiers es verstehen, im besetzten Europa hintenherum knappe Waren aufzutreiben. Manche Beamte und Industrielle wollen ihre Belegschaft durch gelegentliche Zuwendungen derartiger Waren beschwichtigen. Dagegen wandten sich die Berliner Behörden in einem scharfen Erlass. Es ist bekannt, "dass Behörden und Betriebe in der letzten Zeit dazu übergegangen sind, Mangelwaren und sogar bezugsbeschränkte Erzeugnisse aus Beutebeständen oder Einkaufsaktionen in den besetzten Gebieten ausserhalb der ordnungsmässigen Bewirtschaftung an ihre Gefolgschaftsmitglieder zu verteilen". "Solche Aktionen sind... höchst unerwünscht".

(Für die Red.: Deutsches Nachrichtenbüro, 27.V.42.)

Kartoffelkarte  
in Deutschland

(ITF) Die stille Kartoffelrationierung hat sich in Deutschland als unzureichend erwiesen. Ab 29. Juni können Kartoffeln nur noch mit der neu eingeführten Kartoffelkarte gekauft werden. Die Höchstmenge ist 2 1/2 kg pro Kopf und Woche, die Bezirksversorgungsämter können niedrigere Zuteilungen anordnen.

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus", 15.VI.42.)

Die Not in Norwegen

(ITF) Die Lebensmittelversorgung in Norwegen funktioniert so schlecht, dass Frauen sich schon in den frühesten Morgenstunden vor den Läden anstellen. Die Polizei hat jetzt Schlängestehen vor 6 Uhr früh verboten (meldete Radio Stavanger am 17.VI.).

"Baudienst" in Polen

(ITF) Die deutschen Militärbehörden versuchen, Armierungssoldaten durch Zwangsarbeiter anderer Nationen für den Waffendienst freizumachen. Im Rahmen der Pionier"Organisation Todt" arbeiten bereits unmittelbar hinter der Front grössere Gruppen Arbeiter, die in den besetzten Gebieten mit den üblichen Mitteln angeworben wurden. Doch die Entwicklung an der russischen Front zwang zur Massenaushebung polnischer Zwangsarbeiter.

Seit dem Sommer 1940 wurde im polnischen "Generalgouvernement" in einem Distrikt nach dem anderen die Arbeitspflicht im "Baudienst" eingeführt. Je nach Bedarf wurden Tausende Polen, Ukrainer und Juden ausgehoben, um für ein Taschengeld bei Festungs- und Strassenbauten zu arbeiten. Jetzt wurde die "Baudienst"-Pflicht auch auf die dem "Generalgouvernement" eingegliederten, vorübergehend von russischen Truppen besetzten, Ostprovinzen ausgedehnt und die Vorschriften für die einzelnen Distrikte wurden vereinheitlicht. Alle nichtdeutschen Bewohner des "Generalgouvernements" zwischen 18. und 60. Lebensjahr, mit Ausnahme der Ausländer und der, besonderen Zwangsarbeitertrupps zugehörten, Juden und Zigeuner, unterliegen der Baudienstpflicht. Die deutschen Verwaltungsbeamten berufen Jahrgänge oder Teile von Jahrgängen ein und bestimmen die Dauer der Baudienstpflicht. - 70.000 Polen, fast alle zwischen 14 und 32 Jahren, arbeiten bereits in der "Organisation Todt". Der Jahrgang 1922 ist jetzt aufgerufen worden, sich für den Baudienst mustern zu lassen - für militärischen Hilfsdienst ohne Waffe.

(Für die Red.: Die neue Verordnung trat am 1.V. in Kraft. Vgl. "Faschismus", 10.VIII.40.)

Nazi-Gauleiter kontrollieren  
ausländische Arbeiter

(ITF) Der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz" Sauckel hat die Gauleiter der Nazi-partei mit der "Ueberprüfung der ordnungsmässigen Ernährung, Unterbringung

und Behandlung aller fremdländischen Arbeitskräfte und im Arbeitseinsatz befindlichen Kriegsgefangenen" beauftragt.

(Für die Red.: Die Anordnung vom 6.IV. wurde vom Deutschen Nachrichtenbüro am 25. Mai verbreitet, nachdem die Deutsche Arbeitsfront mitgeteilt hatte, sie hätte die "Betreuung" der ausländischen Arbeiter übernommen.)

Kroatische Arbeiter  
in Deutschland

(ITF) Der Sozialattaché der kroatischen Gesandtschaft in Berlin sagte (am 13.VI.42.) in einer Ansprache an die kroatischen Arbeiter in Deutschland: "Ihr seid nicht in Deutschland, um zu verdienen. Ihr verdient nur gerade genug, dass Ihr Euch durchschlagen und Eure Familien etwas (!) unterstützen könnt. Der kroatische Staat verlangt von Euch: 'Bleibt hier, bleibt hier, auch wenn Eure Hügel und Berge und Eure geliebten Flüsse locken. Bleibt hier, auch wenn Ihr Euch noch so sehr nach den Armen Eurer Frauen, nach Euren Schwestern, Müttern und Vätern sehnt. Bleibt hier, bei Eurer Arbeit in Deutschland'... Manche von Euch fragen: 'Was wird aus unseren Frauen und Familien?'... Andere unter Euch werden sagen: 'Ich verdiene hier nicht genug'...".  
(Für die Red.: Donausender, 13.VI.42.)

Hitler sucht kroatische Seeleute

(ITF) Unter den nach Deutschland transportierten kroatischen Arbeitern wurden (Ende Juni) alle Arbeiter, die einst zur See führen, ausgesiebt.

Lautsprecher unter Kontrolle

(ITF) Auf norwegischen Schiffen, die unter deutscher Kontrolle fahren, war bisher das Aufstellen von Radioapparaten mit Lautsprechern verboten. Jetzt wurden den Schiffen, auf denen ein deutscher Offizier fährt, Lautsprecher erlaubt. Es dürfen aber nur deutsche und norwegische Stationen gehört werden, weder England, Schweden noch Amerika, ja nicht einmal das "verbündete" Finnland.

Arbeiter in Belgien  
sollen weiter hungern

(ITF) Der Brüsseler Preiskommissar Dr. Beekman, erklärte dem Antwerpener Naziblatt "Volk en Staat" kurz und bündig, Teuerungszulagen werden er auch dann nicht dulden, wenn durch Preissteigerungen die Lage der Arbeiter noch schwieriger werde. Er sagte, dass das ganze Preiskontrollsystem sonst zusammenbrechen würde. Der Hauptgrund für die Verweigerung von Teuerungszulagen aber ist: die Not soll noch mehr belgische Arbeiter nach Deutschland treiben.

Belgische Industrielle, die die Entvölkerung ihrer Betriebe fürchten, versuchen, den Arbeitern zu helfen. Sie kaufen Lebensmittel im Schleichhandel auf und verteilen sie an die Belegschaft zu Höchstpreisen.  
(Für die Red.: "Volk en Staat", 10-11.V.42.)

Arbeiterversat

(ITF) Der Rechtsberater der UTMI, der nazistischen Organisation für belgische Arbeiter, ein gewisser L.F. Ebaty, klagt im Brüsseler "Nouveau Journal" (am 2.VI.): "Arbeiter, die sich weigern, der neuen Gewerkschaftsorganisation (der UTMI) beizutreten, sagen, dass diese die teuflische Absicht habe, die Arbeiter zu verraten".

Nazi-Arbeitsrecht  
in Holland

(ITF) Der vom deutschen Statthalter eingesetzte Leiter der "Niederländischen Arbeitsfront", Woudenberg, teilte in einer Versammlung in Amsterdam mit, dass "in Kürze ein (holländisches) Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit zu erwarten ist. In diesem Gesetz werden alle Rechte und Pflichten der Betroffenen (d.h. Arbeiter und Unternehmer) umschrieben werden. Lohnsätze werden künftig durch sog. Treuhänder (Betrouwden) geregelt; was diese festlegen, ist bindend".

Die Einführung des nazi-deutschen "Gesetzes zur Ordnung der Nationalen Arbeit" und des Treuhänder-Lohndiktatssystems wäre nur ein Schritt weiter auf dem Wege zur Vorbereitung einer Einverleibung Hollands. Die Zollgrenze ist praktisch beseitigt, die holländische Sozialversicherung und viele Steuern wurden bereits dem deutschen System weitgehend angeglichen. Die in der deutschen Presse erörterten Pläne, 3 Millionen Holländer aus ihrer Heimat zu reißen und in Russland anzusiedeln, liegen in gleicher Richtung.  
(Für die Red.: Woudenberg; 29.V. - "Nieuwe Rotterdamsche Courant", 30.V.)

Gewerkschafter gegen die  
Holländische Arbeitsfront

(ITF) In einer wütenden Erklärung hat (am 7.VI.) der von der deutschen Verwaltung eingesetzte Leiter der "Niederländischen Arbeitsfront" (NAF) den sabotierenden Gewerkschaftsfunktionären mit schärfsten Massnahmen gedroht. Die Drohung verfiel nicht. Zwei Wochen später klagte der Nazi, dass noch immer "so viele Arbeiter, unter ihnen viele grosse und kleine Funktionäre... nicht in der NAF mitarbeiten." Stelle man diese Gewerkschaftsfunktionäre zur Rede, so erklären sie, dass sie bei der Stimmung der Arbeiter nicht anders handeln könnten. - Der Nazi verlas einen Brief aus einem kleinen Industrieort: "unter den früheren Gewerkschaftsmitgliedern wird geklagt, dass viele, die seit

haben wir u.a.:

Keine Zusammenarbeit mit den Gleichschaltern

(ITF) Der norwegische Rundfunk aus London warnte die Arbeiter: Im Winter versuchten die Kommissare Quislings, in den Gewerkschaften "Beiräte" einzurichten. Die Versuche wurden aufgegeben, als die

Bildung einer "Norwegischen Arbeitsfront" vorbereitet wurde. Dieser Plan scheiterte bisher am entschlossenen Widerstand der Arbeiter und Unternehmer. Jetzt will man es wieder mit den "Beiräten" versuchen. Aber Gewerkschafter, die sich in die Beiräte pressen lassen, wären nur Geiseln der Nazis und würden sich vollständig kompromittieren. "Vri Fagbevegelse" (Freie Gewerkschaft), das illegale Sprachrohr der norwegischen Gewerkschafter, hat die Gewerkschafter gewarnt. "Heute müssen die norwegischen Arbeiter ihre Einheit und ihre Solidarität an ihren Arbeitsplätzen aufrechterhalten und ihre Angelegenheiten ausserhalb der (gleichgeschalteten) Gewerkschaftsorganisation regeln".

Holländische Gewerkschafter in Gefahr

(ITF) Woudenberg, der Leiter der "Niederländischen Arbeitsfront", hat die Gewerkschafter, die sich weigern, in seiner "Arbeitsfront" mitzuarbeiten, mit Terrormassnahmen bedroht.

Für Radio Oranje, die Sendung der holländischen Regierung in London, erklärte J.W. Lebon, Sekretär des Hilversumer holländischen Arbeiterrundfunks (VARA): "Nun ist Woudenberg beim Drohen angelangt. Zwei Jahre lang hat er versucht, die Arbeiter durch Schmeicheleien zu fangen, aber mit dem Ergebnis konnte er seinen deutschen Herren kaum imponieren... Wer wütend und verärgert die Gewerkschaften verlassen hat, als die NSBer (holländische Nazis) mit deutscher Hilfe die besten Funktionäre herausgeworfen hatten, wurde gebeten, doch zurückzukommen. Die rückständigen Beiträge brauchten nicht nachgezahlt zu werden... Das Ergebnis all dieser Mühe war so kläglich, dass Woudenberg noch immer nicht wagt, die Mitgliederzahlen der Arbeitsfront zu veröffentlichen.

Da nun das Schmeicheln nicht verfiel, begann er mit Drohen. Es gäbe Funktionäre (in der Arbeitsfront), die sabotierten, sagte er, und damit müsse Schluss sein. Alle heute opponierenden oder nicht mehr mitarbeitenden Sekretäre seien totes Holz, das ausgeschlagen werden und unwiderruflich verschwinden müsse. Woudenberg drohte: 'Wir lassen das tote Holz nicht bis zum Tag der Beile liegen' (die Illegalen Hollands sagen, sie halten für den Tag der Abrechnung mit den deutschen und holländischen Nazis Beile bereit). - Herr Woudenberg fühlt sich durch seine mächtigen Freunde stark... aber er darf eines nicht vergessen: Alles was diesen durch ihn bedrohten Menschen zustösst, wird sehr genau festgehalten und dafür wird Rechenschaft gefordert werden!"

Fortsetzung von Seite 104:

20 und 25 Jahren mit grosser Aufopferung im Interesse ihrer Kollegen gearbeitet haben, jetzt nichts mehr tun können. Wir können jetzt nichts mehr tun, heisst es in dem Brief. Wir haben abzuwarten, was beschlossen wird, aber unsere Organisation ist aufgelöst... Diese Kollegen besitzen das volle Vertrauen ihrer Kameraden und wenn sie nicht auf ihren Posten bleiben, führt das zur Zersplitterung". - Der Nazi erklärt, dass er sich "jede erdenkliche Mühe gab, die alten erprobten Funktionäre zu halten". Er würde sie heute noch "mit offenen Armen" aufnehmen. Aber diese Funktionäre hätten sich "aus eigenem Entschluss" geweigert, in der Arbeitsfront mitzuarbeiten! (Für die Red.: Radio Hilversum, 21.VI.; vgl. "Am Radio abgehört" in dieser Ausgabe und 10.XI.41.)

NOCH keine Arbeitsfront in Norwegen

(ITF) Bei der gespannten Stimmung in Norwegen haben die Quislings bisher die geplante Zusammensetzung der gleichgeschalteten Gewerkschaften und

Unternehmerorganisationen nicht durchzuführen gewagt. Sie begnügten sich bisher damit, dem Arbeitsminister der Quislingregierung und dem Kommissar des Unternehmerverbandes Büros im Gebäude der Gewerkschaftszentrale anzuweisen. - Da sich unter den Gewerkschaftern kaum Ueberläufer fanden, wurden um den Quislings die Kontrolle der norwegischen gleichgeschalteten Arbeiterorganisationen zu erleichtern, die 35 Gewerkschaftsorganisationen zu 13 Verbänden zusammengelegt. Unverändert blieben: Chemieverband, Papierverband, Wald- und Landarbeiterverband und der Verband des Hotelpersonals. Alle Arbeiterverbände der graphischen Berufe wurden zusammengelegt, ebenso in Metallindustrie- und Handwerk, Nahrungs- und Genussmittelindustrie und Holzverarbeitung; die Verbände der Bau- und der Steinindustrie wurden verschmolzen. Die Verbände der Bekleidungs-, Textil- und Schuharbeiter wurden zum Bekleidungsverband zusammengelegt, alle Angestelltenorganisationen in einer Organisation vereinigt und die Verbände der Transportarbeiter, Seeleute, Schiffsführer, Steuerleute, Maschinisten, Lotsen und Chauffeure wurden zum Schiffsfahrt- und Transportverband zusammengefügt. Ueber die Zusammensetzung des Verbandes "Öffentlicher Dienst", dem auch die Eisenbahner eingegliedert wurden, haben wir bereits berichtet. - (Für die Red.: Verbände: Norsk Arbeidsliv, 1. Maiausgabe; öffentlicher Dienst: "Faschismus", 18.V.42 und "Am Radio abgehört" diese Ausgabe.)